

Die Einkehr des Finanzministers.

Budapest, 1. Februar.

Die Umrisse der großen Vermögensabgabe wurden durch die Darlegungen des Finanzministers Szende in der mit den Vertretern der Presse heute fortsetzungsweise abgehaltenen Konferenz immer sichtbarer. Die sachliche Begründung der Notwendigkeit und Unerläßlichkeit dieses schmerzlichen Eingriffs des Staates in die Vermögensverhältnisse seiner Bürger benimmt der geplanten Vermögensabgabe jene kapitalfeindliche Spitze, die ihr nach den bisherigen heftigen Ausfällen des Finanzministers scheinbar anhaftete. Mit Beruhigung muß man dem Finanzminister die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß er nun, wo es sich um die sachliche Diskussion schwerwiegender Finanzfragen handelt, aus einem demagogischen Agitator zu einem kühl berechnenden Finanzpolitiker wird, der objektiven Argumenten zugänglich ist und die Gutgläubigkeit der Gegenmeinung nicht mehr in Zweifel zieht. Auf dieser Basis ist ein Zusammenarbeiten des Finanzministers mit den praktisch geschulten, in allen Details unseres Wirtschaftslebens bewanderten Männern der Finanzwelt und der Industrie immerhin möglich, aus welchem Zusammenwirken für unseren heimgejagten Staat ein gedeihliches Resultat zu erhoffen ist. Im Beratungsjahr läßt der Finanzminister erfreulicherweise den Agitator und Parteiführer nicht zu Worte kommen. Er behandelt die Frage der finanziellen Regenerierung unseres Staates lediglich aus finanzpolitischen Gesichtspunkten. Mit Genugtuung soll diese Wandlung festgenagelt werden, und wir wollen hoffen, daß von den zwei Seelen, die scheinbar in der Brust des Finanzministers wohnen, jene des Finanzpolitikers über die des Agitators endgültig siegt habe.

Die Vermögensabgabe ist nach Auffassung Szendes zu einer unabweislichen Notwendigkeit geworden, denn der Staat stehe vor dem Dilemma, entweder zur verhängnisvollen Maßnahme der Devaluation und des Staatsbankrotts zu greifen oder aber unsere Kriegsschulden, deren Last auf die Dauer unserem Haushalte unerträglich wäre, durch den beherzten operativen Griff der großen Vermögensabgabe aus der Welt zu schaffen oder zumindest zu verringern. In erster Reihe ist die baldmögliche Refundierung der schwebenden Schuld bei der Notenbank unumgänglich, da dem ungeheuren Banknotenumlauf nur durch Einziehung des größten Teiles der thesaurierten und der im Verkehr befindlichen Banknotenmilliarden ein Ende bereitet werden kann. Demgemäß gibt der Finanzminister vor der großen Öffentlichkeit die bindende Erklärung ab, aus dem Erlös der Vermögensabgabe keinen Heller für den laufenden Bedarf der Staatsverwaltung zu verwenden, sondern den ganzen Ertrag ausschließlich der Schuldentilgung zuzuführen.

Bei der Konzeption der großen Vermögensbesteuerung soll den Lebensmöglichkeiten und den Interessen der Produktion sowie des Handelsverkehrs die größte Beachtung geschenkt werden. Schon der geringe Steuerschlüssel, der nur mit allmählicher Progression gesteigert wird, trägt den Interessen der Mittelklasse und der produktiven Stände Rechnung. Damit ferner Handel und Industrie das nötige Betriebskapital nicht plötzlich entzogen werde, soll die Reform den Steuerträgern alle möglichen Erleichterungen gewähren. Die Abgabe kann nach freier Wahl in welchen Wertgegenständen immer, sei es in Bargeld, Effekten oder Boden, erfolgen. Ueberdies soll die Einzahlung bei Unternehmen, die über keine flüssigen Mittel verfügen, in Raten während einer Reihe von Jahren zulässig sein. Bei der Finanzierung dieser Art der Abgabentilgung gedenkt der Finanzminister

unsere Geldinstitute in Anspruch zu nehmen, wie er denn überhaupt die Mitwirkung unseres bestehenden bewährten Kreditorganismus bei der Durchführung der Reform für unabweislich hält und auf diese mit Zuversicht rechnet. In gewissen Beziehungen sollen sogar den Geldinstituten gewissermaßen amtliche Funktionen bei der Sicherung und Eintreibung der Vermögensabgabe zugebilligt werden. In diesen Plänen kommt die Abneigung des Finanzministers gegen die Banken, die er als radikaler Parteiführer so oft und so leidenschaftlich hervorgekehrt hat, in keiner Weise zum Ausdruck. Im Gegenteil: er erhofft sich von der Mitarbeit der Führer unseres Bankkapitals die Lösung zahlreicher praktischer Schwierigkeiten, für deren Bewältigung ihm bisher jeder bestimmte Plan abgeht.

Ob nun die große Finanzoperation, die in der Geschichte der Steuerpolitik allerdings nicht ihresgleichen hat, im Endresultat tatsächlich zu einer so vollständigen Regenerierung unserer zerrütteten Staatsfinanzen führen werde, daß dem ungarischen Staat die Erfüllung aller seiner schweren Verpflichtungen möglich wird, bleibt allerdings eine offene Frage, die der Finanzminister selbst heute noch nicht positiv zu beantworten vermag. Auch bei den höchsten Erwartungen hinsichtlich des Ergebnisses der Vermögensabgabe würden etwa zwei Duzend Milliarden Kriegsschulden bestehen bleiben. Die weitere Sanierung unseres Haushaltes müßte auch in diesem denkbar besten Falle für den noch übrig bleibenden Zinsendienst im Betrag von etwa einer Milliarde sorgen, wobei bereits mit einer empfindlichen Herabsetzung der Verzinsung unserer Kriegsanleihen gerechnet wurde. Falls die Durchführung all dieser Steuerreformen die Produktion und das Wirtschaftsleben nicht in den Wurzeln angreift, so ist die Sanierung unserer Finanzen mit der Zeit kein Ding der Unmöglichkeit. Mehr Optimismus als diese allgeringste Zuversicht kann aber niemand aufbringen, der in der Sprache der Zahlen nur einigermaßen bewandert ist.